

Nr. 813

GB 1, Abt. 11 u. 12 (je 2 Exemplare)
Fakultäten 1 – 6 (je 2 Exemplare)
GdP (50 Exemplare)

Aushang

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Braunschweig

Inhaltliche Zuständigkeit:
Organisation und Redaktion:
Geschäftsbereich 1
Tel. +49 (0)531 391-4305

Pockelsstr. 14
38106 Braunschweig

Datum: 01.02.2012

Redaktionelle Berichtigung der hochschulöffentlichen Bekanntmachung

Nr. 807 vom 22.12.2011

**Verfahrensordnung zur Ernennung oder Bestellung der Mitglieder des
Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig**

Mit der o. g. Bekanntmachung wurde versehentlich eine falsche Fassung veröffentlicht. Die zur Veröffentlichung vorgesehene Fassung ist nunmehr im Anhang beigelegt. Bitte tauschen Sie die vorherige Version gegen das beigelegte Exemplar aus.

Technische Universität Braunschweig

Verfahrensordnung

zur Ernennung oder Bestellung der Mitglieder des Präsidiums

Der Senat der Technischen Universität Braunschweig (TU Braunschweig) hat auf der Grundlage der §§ 38 und 39 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBL S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juni 2010 (Nds. GVBL S. 242), in seiner Sitzung am 14.12.2011 die nachstehende Ordnung beschlossen.

I Grundlagen

§ 1 Mitglieder des Präsidiums

(1) Die TU Braunschweig wird von einem Präsidium in eigener Verantwortung geleitet. Dem Präsidium gehören gemäß § 37 Abs. 4 NHG an:

- a) eine Präsidentin oder ein Präsident
- b) bis zu zwei hauptberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten sowie
- c) bis zu vier nebenberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten.

Insgesamt dürfen nicht mehr als fünf Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten bestellt werden.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident sowie hauptberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten werden auf Vorschlag des Senats ernannt oder bestellt. Zur Vorbereitung des jeweiligen Vorschlags richten der Senat und der Hochschulrat eine gemeinsame Findungskommission ein. Über die Empfehlung der Findungskommission entscheidet der Senat nach gemeinsamer Erörterung mit dem Hochschulrat.

(3) Für die Ämter der nebenberuflichen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten werden dem Senat von der Präsidentin oder dem Präsidenten Personen vorgeschlagen, die hauptberuflich an der TU Braunschweig beschäftigt sind.

§ 2 Einrichtung einer gemeinsamen Findungskommission

(1) Die gemeinsame Findungskommission besteht aus je drei vom Hochschulrat und vom Senat aus ihrer Mitte bestellten stimmberechtigten Mitgliedern sowie einem vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur bestellten Mitglied mit beratender Stimme. Das Ministerium kann auf die Bestellung des Mitglieds mit beratender Stimme verzichten, sofern das stimmberechtigte Hochschulratsmitglied gemäß § 52 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 NHG der Findungskommission angehört. Die Gleichstellungsbeauftragte ge-

hört der Findungskommission als beratendes Mitglied an. Die Kommission kann – auch externe – Beraterinnen und Berater hinzuziehen.

(2) Die Findungskommission bestimmt die Vorsitzende oder den Vorsitzenden sowie deren Stellvertretung aus dem Kreis der entsandten stimmberechtigten Mitglieder des Hochschulrats. Die oder der Vorsitzende ruft zu den Sitzungen der Findungskommission ein und leitet sie. Sie oder er koordiniert die Geschäfte der Kommission und berichtet dem Senat und dem Hochschulrat.

II Besetzung des Präsidentenamtes

§ 3 Qualifikation und Ausschreibung

(1) Für das Präsidentenamt kann vorgeschlagen werden, wer nach dem Hochschulabschluss mindestens fünf Jahre in einer Stellung mit herausgehobener Verantwortung in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Verwaltung oder Rechtspflege tätig war.

(2) Das Amt der Präsidentin oder des Präsidenten ist öffentlich auszuschreiben. Der Ausschreibungstext wird vom Senat beschlossen. Die Ausschreibung soll spätestens neun Monate vor dem jeweiligen Besetzungsdatum veröffentlicht werden, wobei die Ausschreibungsfrist in der Regel sechs Wochen beträgt.

(3) Mit Zustimmung des Senats und des Hochschulrats kann die Ernennung oder Bestellung für jeweils eine weitere Amtszeit der Präsidentin oder des Präsidenten ohne Ausschreibung erfolgen.

§ 4 Empfehlung der Findungskommission

(1) Die Findungskommission sichtet die auf die Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen nach zuvor festgelegten Kriterien und prüft, ob genügend qualitativ hochwertige Bewerbungen eingegangen sind. Sie kann beschließen, weitere Kandidatinnen oder Kandidaten durch aktive Suche für eine Bewerbung zu gewinnen.

(2) Die Findungskommission trifft eine Bewerberauswahl und lädt die ausgewählten Kandidatinnen und Kandidaten zu Bewerbungsgesprächen ein.

(3) Die Findungskommission beschließt mit der Mehrheit ihrer Mitglieder eine Empfehlung, die einen oder mehrere Namen enthalten kann. Sofern mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen werden, kann eine Reihenfolge festgelegt werden, die mit einer vergleichenden Würdigung schriftlich zu begründen ist.

(4) Die Findungskommission leitet ihre Empfehlung dem Senat und dem Hochschulrat zur gemeinsamen Erörterung zu.

§ 5 Gemeinsame Sitzung von Senat und Hochschulrat

(1) Die Empfehlung der Findungskommission für die Besetzung des Präsidentenamtes wird in einer gemeinsamen hochschulöffentlichen Sitzung von Senat und Hochschulrat erörtert. In dieser Sitzung berichtet die oder der Vorsitzende der

Findungskommission über die Bewerberlage und begründet die von der Findungskommission beschlossene Empfehlung. Im Anschluss soll den eingeladenen Kandidatinnen und Kandidaten Gelegenheit gegeben werden, sich in der Sitzung vorzustellen und Fragen zu beantworten. Von der Sitzungsleitung können auch Fragen von Zuhörerinnen und Zuhörern zugelassen werden. Sofern eine Aussprache über die Personen gewünscht wird, hat diese in nichtöffentlicher Sitzung zu erfolgen. Im Anschluss an die Erörterung entscheidet der Senat über die Empfehlung der Findungskommission in nichtöffentlicher Sitzung in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

(2) Die gemeinsame Sitzung von Senat und Hochschulrat wird von einem von der Stellenbesetzung nicht betroffenen Mitglied des Präsidiums geleitet (Sitzungsleitung). Für diese gemeinsame Sitzung gilt die Geschäftsordnung des Senats; die Hochschulratsmitglieder sind den Senatsmitgliedern insofern gleichgestellt. Personenbezogene Daten von denjenigen Bewerberinnen und Bewerbern, die nicht in der Empfehlung der Findungskommission aufgeführt sind, dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung mitgeteilt werden.

§ 6 Beschluss des Senats bei Empfehlung einer Person

Enthält die Empfehlung der Findungskommission nur eine Kandidatin oder einen Kandidaten, beschließt der Senat über den Vorschlag der Findungskommission mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder. Kommt ein Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit bei der ersten Abstimmung nicht zustande, erfolgt ein zweiter Abstimmungsgang. Wird auch bei dieser Beschlussfassung nicht die erforderliche Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Senats erreicht, stellt die Sitzungsleitung fest, dass der Empfehlung der Findungskommission nicht gefolgt wurde und das Amt daher erneut auszuschreiben ist.

§ 7 Beschluss des Senats bei einer Empfehlung mit mehreren Namen

(1) Enthält die Empfehlung der Findungskommission mehrere Namen mit einer festgelegten Reihenfolge, entscheidet der Senat zunächst über den ersten Namen der Empfehlung. Kommt ein Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit (Mehrheit der stimmberechtigten Senatsmitglieder) im ersten Abstimmungsgang nicht zustande, erfolgt eine zweite Abstimmung. Wird die erforderliche Mehrheit für diese Person wiederum nicht erreicht, entscheidet der Senat über die in der Reihung an zweiter Stelle genannte Person. Kommt erneut in beiden Abstimmungsgängen nicht die erforderliche Mehrheit zustande, wird das Abstimmungsverfahren in gleicher Weise mit ggf. weiteren auf der Liste stehenden Personen gemäß der Reihung fortgesetzt.

(2) Hat die Findungskommission eine Empfehlung mit mehreren Namen, jedoch ohne festgelegte Reihenfolge vorgelegt, wird über die vorgeschlagenen Personen in alphabetischer Reihenfolge abgestimmt. Der Senat kann mit einfacher Mehrheit eine hiervon abweichende Reihenfolge für die Abstimmung beschließen. Das Abstimmungsverfahren wird entsprechend Absatz 1 durchgeführt.

(3) Sollte keiner der Kandidatinnen oder Kandidaten die erforderliche Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Senats erhalten, stellt die Sitzungsleitung fest, dass der Empfehlung der Findungskommission nicht gefolgt wurde und das Amt daher erneut auszuschreiben ist.

§ 8 Entscheidungsvorschlag des Senats

Wird im Senat ein Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit zur Besetzung der ausgeschriebene Stelle gefasst, so legt der Senat diesen Beschluss als seinen Entscheidungsvorschlag mit einer Stellungnahme des Hochschulrats dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur zur Ernennung oder Bestellung der vorgeschlagenen Person vor. Die Ernennung oder Bestellung zur Präsidentin oder zum Präsidenten der TU Braunschweig ist hochschulöffentlich bekannt zu machen.

III Besetzung eines hauptberuflichen Vizepräsidentenamtes

§ 9 Hauptberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten

(1) Für das Amt einer hauptberuflichen Vizepräsidentin oder eines hauptberuflichen Vizepräsidenten kann vorgeschlagen werden, wer nach einem erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudium mehrjährige Berufserfahrung mit Leitungsfunktion insbesondere im Hochschulbereich oder im Wissenschaftsmanagement erworben hat.

(2) Für das Verfahren zur Besetzung der Stelle einer hauptberuflichen Vizepräsidentin oder eines hauptberuflichen Vizepräsidenten sind die für die Besetzung des Präsidentenamtes geltenden Regelungen des § 3 Abs. 2 und 3 sowie der §§ 4 bis 8 entsprechend anzuwenden. § 4 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Empfehlung der Findungskommission im Einvernehmen mit der Präsidentin oder dem Präsidenten zu erfolgen hat. Das Einverständnis ist in schriftlicher Form einzuholen und der Empfehlung für den Senat und den Hochschulrat beizufügen.

IV Ämter der nebenberuflichen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten

§ 10 Nebenberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten

(1) Die Präsidentin oder der Präsident schlägt dem Senat eine Person, die an der TU Braunschweig hauptberuflich beschäftigt ist, als nebenberufliche Vizepräsidentin oder als nebenberuflichen Vizepräsidenten vor. Dem Hochschulrat ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der vorgeschlagenen Kandidatin oder dem vorgeschlagenen Kandidaten soll im öffentlichen Teil der Senatssitzung Gelegenheit gegeben werden, sich vorzustellen und Fragen zu beantworten. Der Senat entscheidet über den Vorschlag durch Beschluss mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder. Wird die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, ist ein zweiter Abstimmungsgang durchzuführen. Sollte die erforderliche Mehrheit wiederum nicht erzielt werden, so hat die Präsidentin oder der Präsident dem Senat einen anderen Vorschlag vorzulegen.

(2) Hat der Senat den Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten bestätigt, so legt er diesen mit der Stellungnahme des Hochschulrats dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur zur Entscheidung vor.

(3) Wird der Vorschlag des Senats vom Ministerium zurückverwiesen, so werden die Gründe hierfür im Senat erörtert. Der Senat kann sodann beschließen, entweder den Vorschlag dem Ministerium erneut vorzulegen und eine Begründung beizufügen, in der die Einwände des Ministeriums berücksichtigt werden, oder die Präsidentin oder den Präsidenten zu bitten, einen neuen Vorschlag für das Amt der nebenberuflichen Vizepräsidentin oder des nebenberuflichen Vizepräsidenten vorzulegen.

(4) Die Bestellung zur nebenberuflichen Vizepräsidentin oder zum nebenberuflichen Vizepräsidenten ist hochschulöffentlich bekannt zu machen.

§ 11 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der TU Braunschweig in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verfahrensordnung vom 07.07.2008 i. d. F. vom 06. Mai 2010 (hochschulöffentliche Bekanntmachung Nr. 677) außer Kraft.